

Königsberger Hartung'sche Zeitung.

Englands Nein gegen französischen Nachschub.

Die oberschlesischen Grenzverhandlungen. — Forderungen des Verbündeten-Ausschusses. — Polnische Angriffe. Zur russischen Not. — Angora beliegt? — Danzig als polnisch-französisches Einfalltor. — Ostpreußen für Staatseinheit.

Ostpreußen und das Autonomiegesetz.

Der ostpreussische Provinziallandtag hat es kurz gemacht. Seine Sommertagung, zu der er gestern nach mehrmonatiger Pause zusammengetreten war, hat nur genau einen Tag gedauert. Es geht auch so, wie das einst viel zitierte Wort des alten Herrn von Meyer-Arnswalde lautet — ohne „Scheidung“ und ohne die heutzutage im Parlamentsbetrieb meist üblichen endlosen Redereien.

Natürlich geht es nicht immer „so“, alles cum grano salis. Die Tagesordnung der kurzen Landtagsession enthielt als wichtigsten Gegenstand die Begutachtung des Gesetzentwurfs über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte der preussischen Provinzen, weniger umständlich das Autonomiegesetz genannt. Die Einholung der Gutachten der Provinziallandtage, vor Einführung des Entwurfs im Landtag, war von vornherein im Ausschuss genommen. Es war sogar eine ausdrückliche Bedingung derjenigen, über nicht zu unterschätzenden Einfluss verfügenden polnisch-parlamentarischen Kreise, denen die Schöpfung des preussischen Staatsgesetzes ein Ziel ist, aufzuarbeiten in mündlichen Verhandlungen.

Briand droht.

(Eigene Darstellung der „Hartung'schen Zeitung“.)

III. Paris, 28. Juli. Ueber den gestrigen Besuch des französischen Botschafters in London bei Lord Curzon berichtet der „Petit Parisien“, daß der Botschafter die Aufmerksamkeit der britischen Regierung auf die folgenden Ergänzungserwägungen der französischen Regierung gelenkt habe:

1. Die Frage der Sicherheit der französischen Soldaten in Oberitalien hatte der Versäufte Richter umso weniger vorziehen können, als bei dem Beschluß der Volksabstimmung die Mächte den Truppenbestand, der der Interalliierten Kommission zur Verfügung stehen sollte, um auf jeden Fall die Ordnung aufrechtzuerhalten, einstimmig auf rund 60 000 Mann festgelegt habe. Unter den vier veranschlagten Mächten hat Frankreich allein das Versprechen gehalten, und zwar um den Preis von 200 000 Mann, die es sich gern erkaufen hätte, wenn es nicht die Sorge um die einmal übernommenen Verpflichtungen getragen hätte. Es wäre daher sehr unangebracht, ihm seine künftige Sorge vorzumerken. Unruhen vorzubringen. Diese Unruhen hält Frankreich für möglich, und seine

ständig bleiben, bis jeder sein endgültiges Schicksal kennt.“ Die Kommission kommt nur zu folgenden Schlussfolgerungen.

1. Die Lage in Oberitalien ist ernst und fordert die schärfste Aufmerksamkeit der alliierten Regierungen.

2. Die Lage droht solange unbeständig zu bleiben, bis eine gerechte Entscheidung, die beide Parteien fordern, getroffen ist.

3. Die der Kommission zur Verfügung stehende Kräfte sind ungenügend, nicht nur um neue Erhebungen zu verhindern, sondern sogar um die Ordnung im ganzen Gebiet wirksam zu schützen.

Die drei Kommissare fügen hinzu, daß, wenn die Mächte ihre Entscheidung noch weiter verschieben sollten, „die Verstärkung der Truppen nur um so notwendiger und um so dringender“ werde.

Der Kompromißcharakter kann diese Note in keinem Maße verlagern. Wie aber Briand auf Grund dieses Berichtes dazu kommen konnte, erwidert den Deutschen an den Zuständen Schuld zu geben, läßt sich kaum einsehen.

Zusammentritt der „Sachverständigen“.



im. Wojciecha Kętrzyńskiego w Olsztynie